

Aus Bund und Ländern

Patienten begrüßen Informationen von Ärzten zur Politik

STUTTGART. Als erfolgreich wertet die Vertragsärztliche Bundesvereinigung eine Plakataktion der Vertragsärztlichen Vereinigungen Nord- und Südwürttemberg im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Das Plakat, das nach Angaben der Bundesvereinigung „in einigen Arztpraxen hing“, zeigte einen Arzt, dessen Hände mit einem schwarzrot-

goldenen Schal gebunden waren. Die Überschrift lautete: „Wir sollen schließen! – Schade –.“

Bei einer zeitgleich durchgeführten Meinungsumfrage der Wickert-Institute bei rund 4 000 Patienten haben sich nach Darstellung der Vertragsärztlichen Bundesvereinigung 80 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen, von ihrem Arzt über Gesundheitspolitik informiert werden zu wollen. Immerhin 14 Prozent hätten angegeben, „durch die Plakataktion in ihrem Wahlverhalten beeinflusst worden zu sein“. JM

Kosten für ihre Behandlung beteiligt werden.

Nach Ansicht des Ärztereinigungsvereins sollten in der GKV gestaffelte Beiträge für Familienmitglieder eingeführt werden sowie eine angemessene Selbstbeteiligung bei Arbeitsunfähigkeit. Kuren sollten nicht länger von den Kassen finanziert werden. Außerdem seien die Verwaltungskosten der GKV auf ein Drittel der bisherigen Kosten zurückzuschrauben. EB/HK

KV Berlin: 195 Ärzte stehen für Praxisnetze zur Verfügung

BERLIN. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin haben sich 195 Ärzte aus 162 Praxen für die Teilnahme an dem gemeinsamen Modellprojekt „vernetzte Praxen“ mit dem Berliner Landesverband der Betriebskrankenkassen angemeldet. Das „BKK-Praxisnetz“ soll am 1. Juli starten.

Ziel ist eine intensivere ambulante Betreuung durch eine bessere Kooperation der beteiligten Arztpraxen. Auch nichtärztliche Angebote, wie etwa ambulante Pflegedienste, sollen einbezogen werden. Auf diese Weise hoffen die Betriebskrankenkassen und die KV, die Zahl der Krankenhauseinweisungen deutlich reduzieren zu können. JM

ship“ zusammengestellt. Eine Arbeitsgruppe des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit, Mannheim, übersetzte sie ins Deutsche.

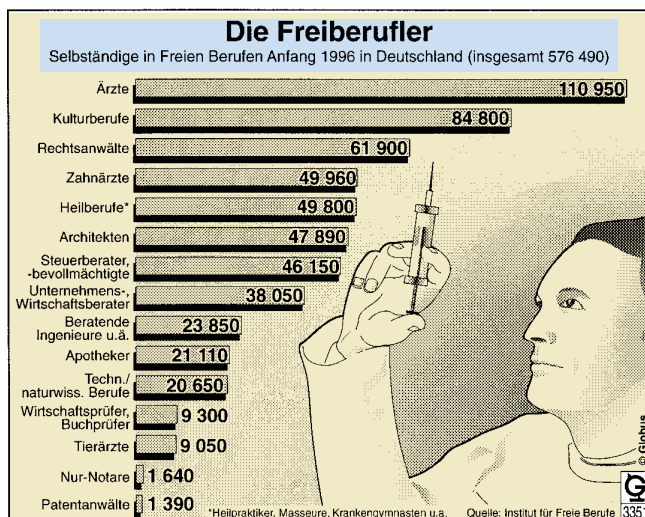
Der in einfachen Worten geschriebene Ratgeber soll vor allem betroffenen Familien nützliche und aktuelle Informationen über Schizophrenie weitergeben. Die Broschüre enthält auch Tips und Anregungen für die Gründung einer Angehörigen-Selbsthilfegruppe.

Die Veröffentlichung kann zum Einzelpreis von 4 DM bezogen werden über: Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, Frau Bönisch, Postfach 12 21 20, 68072 Mannheim. WZ

EU-Kommission prüft Fusion von Ciba-Geigy und Sandoz

BRÜSSEL. Die EU-Kommission hat wegen der geplanten Fusion der beiden Schweizer Pharmakonzerne Ciba-Geigy und Sandoz ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Geprüft wird, ob der Zusammenschluß in den Bereichen der pharmazeutischen Produkte, der Pflanzenschutzmittel- und Saatgutproduktion sowie der Tierarzneimittel gegen das europäische Wettbewerbsrecht verstößt. Die Kommission begründet ihre Intervention damit, daß der neue Konzern „Novartis“ seine marktbeherrschende Stellung auch in EU-Mitgliedsstaaten ausbauen könnte. So werde der Novartis-Marktanteil bei Fungiziden und Pflanzensamen allein in Frankreich bei über 50 Prozent liegen.

Nach dem Wettbewerbsrecht der Europäischen Union muß die Kommission nach der Einleitung des Verfahrens innerhalb von vier Monaten zu einer Entscheidung gelangen. Ein Sandoz-Sprecher erklärte, sein Unternehmen habe diesen Schritt erwartet. Mit einer kurzfristigen Entscheidung werde angesichts des Umfangs der Fusion nicht gerechnet. afp



Dienstleistungen spielen im Wirtschaftsleben eine immer größere Rolle. Ein Großteil wird von Freiberuflern erbracht. Ihre Zahl nahm in den letzten Jahren stetig zu, vor allem in den neuen Bundesländern. Inzwischen sind fast 13 Prozent aller Freiberufler im Osten tätig, darunter 17 000 Ärzte und 4 400 Rechtsanwälte.

Ärzteverband fordert unabhängige Selbstverwaltung

KÖLN. Der „Unabhängige Ärzteverband Deutschlands e.V.“, unter seinem neuen Vorsitzenden Dr. med. Wolfgang Grote, fordert in seinem politischen Programm, daß die Organe der Selbstverwaltung Sozialwesen und Sozialabgaben in eigener Verantwortung neu gestalten. Dazu müßten die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen privatisiert werden.

Im Sinne größerer Eigenverantwortung der Bürger verlangt der Verein weiterhin, daß Rentner nicht auf Kosten der Beitragszahler der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) versichert werden. Außerdem dürften die Behandlungskosten für Sport- und Verkehrsunfälle sowie für Drogenerkrankungen nicht von der GKV gedeckt werden. Mit Ausnahme nervenärztlicher Leistungen sollten auch die Kosten der psychologischen und psychoanalytischen Diagnostik und Therapie aus der GKV ausgegliedert werden. Die Patienten müßten generell an den

Ausland

WHO veröffentlicht Angehörigen-Broschüre über Schizophrenie

GENÈVE. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im Rahmen ihrer „Initiative zur Unterstützung von Menschen, die durch eine psychische Krankheit behindert sind“, die Broschüre „Schizophrenie: Informationen für Angehörige“ veröffentlicht. Sie wurde von Angehörigen-Selbsthilfegruppen aus aller Welt erarbeitet und von der „World Schizophrenia Fellow-